

20.09.2024

3. Stellungnahme des ExpertInnenrats „Gesundheit und Resilienz“

„Warum behandeln wir Menschen und schicken sie an die Orte und zu den Zuständen zurück, die sie krank gemacht haben?“ Marmot 2015

Im europäischen Vergleich liegt Deutschland bei der vermeidbaren Sterblichkeit nur im Mittelfeld. So galten im Jahr 2021 insgesamt 203.000 Todesfälle als vermeidbar, davon 65.000 durch Behandlung, aber mit 138.000 Todesfällen etwa doppelt so viele durch Prävention. Eine Fokussierung auf Prävention und Gesundheitsförderung ist daher entscheidend, um die vermeidbare Sterblichkeit zu senken. Neben der unzureichenden Etablierung von Prävention in Deutschland, konzentrieren sich bisherige Strategien eher auf individuelles Verhalten, während strukturelle Faktoren wie Armut und schlechte Bildung vernachlässigt werden. Solche sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen erschweren es, einen gesunden Lebensstil zu führen und mindern die Wirksamkeit verhaltensbezogener Prävention. Daher sind Strategien und Maßnahmen erforderlich, die alle Lebensbedingungen berücksichtigen. Ein umfassendes Gesundheitsverständnis, das individuelle und gesellschaftliche Verantwortung einbezieht, ist notwendig. Die Stellungnahmen „Stärkung der Resilienz des Versorgungssystems durch Präventionsmedizin“ und „Gesundheit: Ganzheitlich denken, vernetzt handeln“ unterbreiten Empfehlungen für diesen Weg.

Gesundheit: Ganzheitlich denken, vernetzt handeln

Gesundheit ist ein Grundpfeiler menschlicher Existenz und ermöglicht die aktive Teilhabe an der Gesellschaft. Diese Bedeutung spiegelt sich bereits in der Erklärung der Menschenrechte der UN von 1948 wider, die in mehreren Artikeln das Recht auf Gesundheit verankert.

Gesundheit ist nicht nur eine individuelle, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche und volkswirtschaftliche Verantwortung. Die ganzheitliche Sicht auf Gesundheit bildet die Basis für Public Health (öffentliche Gesundheit). Die Fragmentierung des Public-Health-Systems in Deutschland, mit vielen unverbundenen Zuständigkeiten und einer unzureichenden Fokussierung auf die vielfältigen Zusammenhänge gesundheitsrelevanter Aspekte, erschwert die Realisierung dieser Verantwortung.

Eine zentrale Hürde für die Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit ist unser gängiges Verständnis von Gesundheit als bloße Abwesenheit von Krankheit. Dies führt zu einer Gesundheitspolitik, die sich auf Krankheitsbewältigung und damit auf medizinische Versorgung konzentriert. Um die vielen Herausforderungen wie Klimawandel, soziale Ungleichheit oder den demographischen Wandel erfolgreich zu bewältigen, benötigen wir eine erweiterte und positive Perspektive

auf Gesundheit. Dadurch können wir Gesundheit auf vielfältige Weise erhalten und fördern – auch außerhalb des medizinischen Systems. Der Mangel an Prävention und Gesundheitsförderung in Deutschland zeigt jedoch, dass dieser ganzheitliche Ansatz noch nicht ausreichend umgesetzt wird, was u.a. zur Verfestigung ungleicher Gesundheitschancen beiträgt.

In dieser Stellungnahme betonen wir die Notwendigkeit einer erweiterten Perspektive auf Gesundheit, da Gesundheit untrennbar mit sozialen Faktoren, Umweltbedingungen und wirtschaftlichen Einflüssen verknüpft ist. Diese Perspektive ist keineswegs neu, aber bisher in Politik und Gesellschaft nicht ausreichend umgesetzt.

In folgenden Stellungnahmen formulieren wir Empfehlungen für die Umsetzung einer solchen erweiterten Perspektive auf Gesundheit am Beispiel eines gestärkten Public-Health-Systems. Zudem zeigen wir am Beispiel von Kindern und Jugendlichen, wie ein robustes Public-Health-System die Gesundheit vom Kindesalter an nachhaltig verbessern könnte.

Voraussetzungen für Gesundheit – Gesundheit wird im Alltagsleben gestaltet

Nicht nur innerhalb des Gesundheitswesens, sondern auch in der allgemeinen Wahrnehmung dominiert ein Verständnis von Gesundheit, das durch die Medizin geprägt wird. Diese Sichtweise greift jedoch zu kurz, da sie die vielfältigen Faktoren, die unsere Gesundheit beeinflussen, nicht ausreichend berücksichtigt. Die von Deutschland mitgezeichnete Ottawa-Charta der Weltgesundheitsorganisation (WHO) „Gesundheit für alle“ betont, dass Gesundheit durch politische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und umweltbezogene Bedingungen geprägt wird. Entsprechend sind Grundvoraussetzungen für Gesundheit: Frieden, angemessener Wohnraum, gute Bildung, ausgewogene Ernährung, ausreichendes Einkommen, ein stabiles Öko-System, eine sorgfältige Verwendung vorhandener Naturressourcen, Kultur, Solidarität und Chancengerechtigkeit.

Gesundheit ist dynamisch und wird maßgeblich an den Orten des Alltagslebens der Menschen gestaltet, an denen „sie wohnen, lernen, arbeiten, spielen und lieben“ (WHO 1986). Ein solches Verständnis von Gesundheit ist der Schlüssel zum dringend notwendigen Paradigmenwechsel, der neben der therapeutischen Medizin verstärkt auf Prävention und Gesundheitsförderung setzt. Dieser Wandel erfordert einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz, der alle Lebensbereiche

einschließt. Dazu muss Gesundheit in allen Politikbereichen berücksichtigt werden.

Zentrale Ziele dafür sind, gesundheitsförderliche Lebenswelten zu schaffen und Krankheiten zu verhindern. Die Lebenswelten und Gesundheitschancen der Menschen unterscheiden sich jedoch erheblich. Armut, soziale Belastungen, ungünstige Wohn- und Umweltbedingungen, mangelnder Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung sowie fehlende Solidarität erschweren die Verwirklichung von Gesundheit im Alltag. Deshalb muss besonderes Augenmerk auf die Verbesserung der gesundheitlichen und umweltbezogenen Chancengerechtigkeit gelegt werden. Die aktive Beteiligung der Menschen in ihren Lebenswelten ist dabei unverzichtbar.

Gesundheit als Investition in eine nachhaltige Zukunft

Gesunde Menschen bilden die Grundlage für eine produktive, innovative und resiliente Gesellschaft. Sie können länger aktiv am Leben teilnehmen, Krisen bewältigen sowie zur gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung beitragen. Gesamtgesellschaftlich führt bessere Gesundheit zu geringeren Krankheitskosten, einer bedarfsgerechten Anzahl an Fachkräften und weiterreichenden Effekten wie starken sozialen Gemeinschaften.

Gesundheitsförderung und Prävention erzielen nicht nur Gesundheitsgewinne, sondern unterstützen auch die Umsetzung wichtiger

Politikziele, wie der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Die Förderung der Gesundheit investiert in eine nachhaltige Zukunft und bewirkt positive Effekte in vielen Politikbereichen.

Bisher wird Gesundheit oft ausschließlich als Aufgabe des Gesundheitssystems verstanden. Für den Erhalt und die Förderung der Gesundheit sind jedoch ressortübergreifende Maßnahmen erforderlich, die alle relevanten gesellschaftlichen Bereiche einbeziehen. Hierfür ist auch eine integrierte Berichterstattung notwendig, die Maßnahmen und die Bewertung von politischen Entscheidungen und Gesetzen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Gesundheit ermöglicht. Diese Berichterstattung benötigt Kennzahlen über die Entwicklung der multiplen Dimensionen von Gesundheit, d. h. von Wohlfahrt, Nachhaltigkeit, Chancengerechtigkeit, sozialem Zusammenhalt sowie Umweltqualität und Krankheit.

Gesundheit in allen Politikbereichen – Make the healthy choice the easy choice

Politik muss Gesundheit in allen Politikfeldern bei allen Entscheidungen und Normierungen berücksichtigen und entsprechend fördern, von Bildung über Verkehr, Ernährung, Arbeit und Wohnen bis hin zu Wirtschaft, Finanzen und Steuern (*Health in all Policies*).

Um Gesundheit in alle Politikbereiche

einzubeziehen, ist es hilfreich, Mehrgewinnlösungen (Co-Benefits) zu identifizieren: So sind gesunde Arbeitsbedingungen relevant für die Motivation der Beschäftigten und damit für die Leistungskraft von Unternehmen und dem öffentlichen Sektor. Eine gesunde und attraktive Umwelt ist entscheidend für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Eine Verkehrs- und Ernährungs-wende verringert nicht nur Treibhausgasemissionen, sondern fördert gleichzeitig körperliche Aktivität und eine gesündere Ernährung.

Das übergeordnete Ziel sollte sein, in allen Lebensbereichen die gesunde und nachhaltige Wahl zur einfachen Wahl zu machen – „*make the healthy choice the easy choice*“. Konkret könnte dies z. B. durch die Subventionierung gesünderer Lebensmittel und ihre bessere Verfügbarkeit erreicht werden. Auch digitale Systeme wie Empfehlungssysteme können die Auswahl geeigneter Produkte und Dienstleistungen erleichtern. Für die Integration solcher Systeme sind Fairness, Transparenz und Unabhängigkeit von kommerziellen Interessen entscheidend.

Gesundheit: Vernetzt handeln, verbindlich verankern

Der ExpertInnenrat betont, dass die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Faktoren tragende Säulen einer gesundheitsfördernden und nachhaltigen Entwicklung sind. Der Erhalt und die Verbesserung der Gesundheit der Be-

völkerung auf allen Ebenen sind eine wichtige Investition in die Zukunft. Dies stärkt die Resilienz, senkt die Gesundheitskosten, erhöht die Lebensqualität und hat positive Effekte für die Volkswirtschaft, die Gesellschaft und das Individuum.

Die ganzheitliche Perspektive auf Gesundheit zielt darauf, gesunde und nachhaltige Lebenswelten zu schaffen. Dafür sind vernetztes Denken und Handeln unverzichtbar. Gesundheits-, Verkehrs-, Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, Wirtschafts-, Bildungs- und Digitalpolitik als auch Raum- und Stadtplanung müssen zusammenarbeiten, um das gemeinsame Ziel der gesundheitlichen Chancengerechtigkeit zu verfolgen.

Wir plädieren für einen Paradigmenwechsel hin zu einem umfassenden Gesundheitsverständnis, das über eine reine Krankheitsfokussierung hinausgeht. Maßnahmen zum Schutz und Erhalt von Gesundheit müssen deshalb sowohl den einzelnen Menschen, als auch die Bevölkerung bzw. Bevölkerungsgruppen adressieren.

Hierzu muss eine umfassend verstandene Gesundheit gesetzlich verankert werden, die als Grundlage für die Umsetzung durch alle Politikbereiche und Ressorts, Behörden und Institutionen sowie für die Bereitstellung finanzieller und personeller Ressourcen dient.

Zudem kann beispielsweise eine ressortübergreifende Zusammenarbeit festgelegt werden. Angesichts der zahlreichen verschiedenen Einflussfaktoren auf die Gesundheit sind damit viele Ressorts und Politikbereiche gefordert. Vor dem Hintergrund der Komplexität der Maßnahmen ist eine regelmäßige Evaluation ihrer Wirksamkeit sowie eine Anpassung der Gesetzgebung bei Bedarf erforderlich.

Der ExpertInnenrat empfiehlt

- stärkere Verankerung von Gesundheit im Normgefüge im Sinne eines gesamtstaatlichen Auftrages,
- die verbindliche Integration von Gesundheit in alle Politikbereiche (Health in all Policies),
- eine über die Gesundheitsberichterstattung des Bundes hinausreichende integrierte Berichterstattung über Gesundheit, Wohlstand, Nachhaltigkeit, Chancengleichheit, sozialen Zusammenhalt und Umweltqualität,
- die Nutzung von verständlichen Indikatoren zur Entwicklung von Gesundheit,
- die aktive Beteiligung der Bevölkerung bei der Gestaltung einer gesunden Lebensumwelt.